Profile der Weltpolitik

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **46 (1967)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Profile der Weltpolitik

Solidarität zwischen Spaniens Arbeitern und Studenten

Die Ankündigung Francos, die Verfassung zu ändern und einen Regierungschef neben dem Staatschef einzusetzen, wurde als Zeichen der Liberalisierung aufgefasst. Das spanische Volk billigte denn auch am 14. Dezember 1966 in einer «Volksabstimmung» diese Gewaltenteilung. Aber bisher wurde noch nicht bekannt, wann und ob überhaupt der neuen Verfassung Nachachtung verschafft werden soll. Statt dessen wurde Spanien in den letzten Wochen von zunehmender Unrast erfasst, die das innenpolitische Malaise widerspiegelt.

Spanien erlebte zwar in den letzten Jahren ständig Proteststreiks der unterdrückten Arbeiter und Studentenunruhen, die aber von der Polizei immer rasch im Keime erstickt wurden. Die Aktionen der Arbeiter und Studenten waren auch immer lokalisiert, doch diesmal scheint das Land von einer eigentlichen Grundwelle erfasst zu sein, was darauf hindeutet, dass die Macht Francos nachgelassen hat und eine eigentliche grundlegende Auseinandersetzung bevorsteht. So stellt der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» fest, «. . . man zum ersten Mal den Eindruck hatte, dass die Studenten trotz dem gewalttätigen Vorgehen der Polizei das Fürchten verlernt haben.»

Wie rücksichtslos die spanische Polizei vorgeht, soll ein Augenzeugenbericht einer deutschen Studentin illustrieren:

«Am Montag fand eine grosse Demonstration vor der Mensa statt. Der Verkehr wurde gestoppt; die Strasse war vollgestopft mit Polizeiwagen und Polizisten. Als die Studenten einem Wagen der Luftwaffe die Durchfahrt verwehrten, sprang ein Soldat heraus und bedrohte sie mit seiner Pistole. Der Platz vor der Mensa war voll von Studenten, die mit Steinen warfen und die Polizisten in Sprechchören aufforderten, das Universitätsgelände zu verlassen. Die Polizisten warfen die Steine zurück und prügelten diesmal so heftig, dass wir etwa alle zehn Minuten zurück in die Fakultäten fliehen mussten. Gegen 14.30 Uhr waren sie so weit vorgerückt, dass sie wieder einige Studenten festnehmen konnten. Viele rannten in panischer Angst in Richtung Mensa. Dann sah ich, wie ein Schwarm von Polizisten im Laufschritt auf die Mensa zukam. Die Türen standen offen, trotzdem zerbrachen sie die Fensterscheiben. Sie schlugen mit Stöcken um sich, bis Blut floss. Es war ein unbeschreibliches Durcheinander. Als ein Student, der gerade neben mir stand, sah, wie die Polizisten auf die Leute einschlugen, vor allem auf die Mädchen, ballte er die Fäuste und rief verzweifelt: ‚Diese gemeinen Hunde!' Dann brach er in Tränen aus, lief hinüber zu den Polizisten und bewarf sie mit Steinen. Kurz darauf wurde er festgenommen. Bis heute habe ich nicht wieder von ihm gehört.»

Natürlich werden die «Inspiratoren» und «Agitatoren» von Spaniens Regierung im kommunistischen Lager gesucht und als «Mitglieder der prochinesischen Gruppe» identifiziert. Das ist die bewährte Methode, doch ist dies keine genügende Erklärung, weshalb die «Agitatoren» dann so viel Anhang finden.

Ein Phänomen ist das Zusammengehen der Studenten und Arbeiter. Überall wo Arbeiter in den Ausstand treten, folgen die Studenten aus Solidarität und umgekehrt. Dabei haben diese Gruppen wenig Gemeinsames, eben ausser ihrer Abneigung gegen die Regierung und ihre Methoden. Die Arbeiter lehnen sich gegen die soziale Unrast auf, die Studenten gegen den geistigen Terror. Die Regierung sah sich gezwungen, den Eisenbahnern eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Der den Arbeitern garantierte Mindestlohn beträgt seit Oktober 1966 84 Peseten im Tag, das macht ganze sechs Franken! Die Eisenbahner erhalten nun noch zusätzlich 12 Prozent. Die Einschreibegebühr an der Universität von Barcelona hingegen beträgt allein 420 Franken. So kann man sich leicht ausrechnen, wer überhaupt in Spanien die Möglichkeit hat zu studieren. Es ist den Angehörigen der obern Klassen vorbehalten, mehr als in andern Ländern. So ist es doppelt erfreulich, dass die Studenten sich mit den Arbeitern zu gemeinsamen Protestaktionen finden. Das ist ein tiefgründiges Zeichen der Unzufriedenheit und des Malaise. Die spanische Regierung sollte die Zeichen sehen und von ihrer reaktionären Politik abrücken, bevor es zu einer bürgerkriegsähnlichen Protestgrundwelle kommt. Indem man überall nach angeblichen Kommunisten sucht, kann man den Fortschritt nicht aufhalten.

Es gibt Zeichen, dass sich auch innerhalb der regierenden Schicht grundsätzliche Auseinandersetzungen abspielen. So schreibt ein Korrespondent der «Basler AZ»:

«Der alternde Staatschef Franco hatte in jüngster Zeit die Liberalisierung begünstigt, während die Falangisten zusehen mussten, wie sie langsam, aber sicher von der Macht verdrängt wurden. Die Ankündigung, Franco wolle jetzt einen Regierungschef einsetzen, musste die Falange alarmieren. Ist es die gegenwärtige Verteidigungslinie vor dem grossen Abtreten oder ein Versuch, unter Überspielung Francos ein politisches Comeback zu wagen? Diese Frage wird in den nächsten Wochen vielfach gestellt werden. Eine schlüssige Antwort steht noch aus.»

In Spanien bereitet sich jedenfalls eine entscheidende Auseinandersetzung vor, die vielleicht endlich dem Fortschritt zum Durchbruch verhelfen kann.

Robert Kennendy contra Johnson

Die Kontroverse um das Buch «Der Tod des Präsidenten» von William Manchester nimmt kein Ende. Eines ist sicher: Es ist ein glänzendes Geschäft, für den Autor und für die Illustrierten in Amerika und Europa,

die sich das Erstabdrucksrecht sicherten. Es zeigt sich auch, dass Präsident Kennedy nicht vergessen ist, obwohl das Buch der Sensation und dem Klatsch weitgehend sein Interesse zu verdanken hat. Ob das Buch auch ein politisches Geschäft für Robert Kennedy oder Präsident Lyndon Johnson ist, wird sich erst zeigen müssen. Bisher haben die gegen Johnson erhobenen Vorwürfe dem Präsidenten laut Meinungsumfragen paradoxerweise eher genützt als geschadet. In ein Zwielicht geraten ist die Präsidentenwitwe Jacqueline Kennedy, weil sie vorerst das Buch in Auftrag gegeben hat und dann doch nicht zur Veröffentlichung freigeben wollte.

Manchesters Report zeigt allerdings, dass zwischen den Kennedys und Johnson immer ein tiefer Graben bestanden hat. Sie fanden sich im Präsidentschaftswahlkampf 1960 lediglich, weil sie beide voneinander Nutzen zogen.

Aus dem Verhalten Johnsons nach dem Mord von Dallas werden Schlüsse gezogen, die dem Texaner indirekt die Schuld am Tod des Präsidenten geben wollen, weil er Kennedy zur Reise nach Texas gedrängt habe. Weitere Vorwürfe an Johnson gehen in das Kapitel des Klatschs:

— Johnson habe während des Rückfluges von Dallas nach Washington gelächelt.
— Johnson habe die Witwe Kennedys im Flugzeug «Honey» (Schätzchen) genannt.
— Johnson habe es nicht abwarten können, die Macht zu übernehmen. Am Tage nach der Rückkehr aus Dallas habe er einen Assistenten ins Weisse Haus geschickt, um zwei Bogen Präsidenten-Briefpapier zu holen.

Bei allen Aspekten des Klatsches, des Geschäftes und der Sensation hat das Buch Manchesters doch einen politischen Hintergrund. Es spiegelt den Machtkampf zwischen den Johnsons und dem Kennedy-Clan, an dessen Spitze nun Robert steht. Schon in Dallas bemerkte ein Kennedy-Anhänger: «Jetzt sind sie dran, aber wir kommen wieder.» Und Robert Kennedy sprach in Berlin vor zwei Jahren die pathetischen Worte: «Ich habe begriffen, dass die Hoffnung, die Präsident Kennedy erweckte, nicht tot ist, sondern lebt. Die Fackel brennt noch, und darum besteht Hoffnung für uns alle auf eine hellere Zukunft. Für mich ist es eine Herausforderung, die das Leben lebenswert macht.»

Es ist eine Herausforderung auch an Präsident Lyndon Johnson, eine Kampfansage Robert Kennedys, obwohl dieser erst kürzlich in einem Interview erklärte: «Meine Beziehungen zu Präsident Johnson sind freundschaftlich, wir haben bloss ein paar Meinungsverschiedenheiten.» Die Frage heisst: Kommt Kennedy 1968 oder erst 1972? Die Veröffentlichung des Buches von Manchester wird in Kreisen, die Johnson nahestehen, als Kampfansage für 1968 betrachtet. Und doch ist wahrscheinlicher, dass Robert Kennedy nicht direkt Johnson zum Kampf fordert, weil eine Partei einem amtierenden Präsidenten noch nie die Nomination verweigert hat

und weil Kennedy 1972 auch davon profitieren kann, dass sich die Wählerstruktur zu seinen Gunsten verändert haben wird.

In einem «Spiegel»-Interview wich Robert Kennedy teilweise aus: «Ich werde 1968 weder für die Präsidentschaft noch für die Vizepräsidentschaft kandidieren. Ich werde Präsident Johnson unterstützen und mich für seine Wiederwahl einsetzen. Ich weiss nicht, was ich in fünf oder sechs Jahren tun werde. Es ist schon sehr schwer, vorauszusagen, was in sechs oder acht Wochen passiert, von Jahren ganz zu schweigen. Bis 1972 geht es noch lange. Ich kann schwer sagen, wie es dann aussieht. Im Augenblick möchte ich jedenfalls im Senat bleiben, und was die Zukunft betrifft, weiss ich nur eines ganz sicher: Ich werde auch künftig Politik machen.»

Sensationelle Aeusserungen McNamaras

Seit Monaten tobt der Krieg in Vietnam, ein Krieg, der immer grausamere Formen angenommen hat, ein Krieg aber auch, der für beide Seiten immer grössere Opfer verlangt, sinnlose Opfer, die zu nichts führen. Denn beide Seiten müssen eingesehen haben, dass sie ihr Ziel nicht erreichen können, das Ziel, den Krieg siegreich zu beenden, Beide Seiten, die Amerikaner und die Vietkongs, beschränken sich darauf, den Gegner zu stören, ihn nicht zur Ruhe kommen zu lassen, Erfolge zu verhindern.

Gleichzeitig mit dem Kampfgeschehen im Dschungel Vietnams tobt der nicht minder heftige Kampf auf diplomtischer Ebene, das Bemühen, die Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen. In letzter Zeit konnte man eine gewisse Hoffnung hegen, dass es den zahlreichen Vermittlern U Thant, dem Papst, Kossygin, Wilson, Brown doch gelingen könnte, eine Konferenz zustandezubringen. Weder die Amerikaner noch die Nordvietnamesen sind dazu abgeneigt, doch wollen beide verhindern, dass die Bereitschaft zu Verhandlungen einem Eingeständnis gleichkommen könnte, auf dem Schlachtfeld nicht mehr weiterzukommen.

Ein strittiger Punkt sind die Bombardierungen Nordvietnams durch die Amerikaner, die den Zweck verfolgten, die Nachschublinien zu zerstören und damit den Gegner mürbe zu machen. Erstmals hat nun Verteidigungsminister McNamara zugegeben, dass diese Bombardierungen nicht den erhofften Effekt erzielten. Der Korrespondent der Schweizerischen Depeschenagentur berichtet dazu:

«Wie die Hearst-Presse aus Washington meldet, hat Verteidigungsminister McNamara im geheimen Einvernehmen vor der Militärkommission des Kongresses eingestanden, dass eine gesteigerte Bombardierung Nordvietnams zwecklos sein werde.

Angesichts der Tatsache, dass das Landesverteidigungsdepartement und der Generalstab bisher immer für eine Steigerung der Bombardierungen eingetreten waren, kam diese Feststellung als eine Überraschung. Indessen erklärte McNamara, dass trotz der Bombardierung der Petroleumdepots in Hanoi und der Ausladeeinrichtungen in Haiphong der Nachschub von Pe-

troleum nach Südvietnam ungehindert vor sich gehe. Diese Feststellung steht im totalen Gegensatz zur Erklärung des Vorsitzenden der Militärkommission des Repräsentantenhauses, der erklärte, es stehe ausser Zweifel, dass der Gegner den Nachschub während der Neujahrs-Kampfpause ungestört aufrechterhalten konnte und dass die Bombardierungen deshalb nicht nur verdoppelt, sondern sogar verdreifacht werden sollten.

Demgegenüber aber erklärte McNamara, dass die Bombardierungen der Petroleumdepots und Nachschublinien mit grösster Präzision ausgeführt worden seien, aber den Petroleumnachschub trotzdem nicht aufgehalten hätten. Die Ausladeeinrichtungen im Hafen von Haiphong seien praktisch zerstört worden, erklärte McNamara, aber der Nachschub in Petroleum sei heute so intensiv, als ob die Zerstörung der Hafeneinrichtungen überhaupt nie erfolgt wären. Nordvietnam habe Methoden entwickelt, um die Schiffe auf hoher See auszuladen und die Petroleumfässer unter dem Schutze der Dunkelheit auf besonderen Barken an Land zu bringen. Solange der Krieg andauere, sei es für Amerika nicht möglich, die genauen Wirkungen der Bombardemente festzustellen.»

Indonesien: Von Sukarno zu Suharto

«Ich bin ein grosser Liebhaber, ich liebe mein Volk, die Frauen, die Kunst und das Beste von allem — mich selbst», so sieht sich Ahmed Sukarno, das abgesetzte Staatsoberhaupt Indonesiens in seiner Autobiographie. 21 Jahre lang schrieb Sukarno, der es wie kein zweiter verstand, das Volk mitzureissen, die Geschichte des 100-Millionen-Volkes Indonesien. Er stieg vom Guerillaführer zum Nationalhelden und Staatspräsidenten auf Lebenszeit und wurde endgültig entmachtet.

Sein Stern begann vor zwei Jahren zu sinken, als er beim Aufstand der Kommunistischen Partei eine etwas zwielichtige Rolle spielte. In zahlreichen Prozessen, unter anderem gegen den ehemaligen Aussenminister Subandrio, verdichtete sich der Verdacht, Sukarno habe zum mindesten um die Absichten der Kommunisten gewusst.

Jahrelang hatte Sukarno regiert, indem er die gegensätzlichen starken Kräfte Kommunisten, Moslems und Armee gegeneinander ausspielte. Eine Machtergreifung der prochinesisch eingestellten indonesischen Kommunisten hätte eine weltpolitisch bedeutsame Machtverschiebung in Asien gebracht. Mao und Sukarno hätten Hand in Hand die «Führung» des Kontinentes übernehmen können. Die blutige Zerschlagung des damaligen Aufstandes, man spricht von Hunderttausenden von Toten, war eine Niederlage Maos und zugleich das Ende der Herrschaft Sukarnos, denn die eine Säule seines Machtgebäudes war geborsten. General Suharto und Verteidigungsminister Nasution, der bei den Unruhen schwer verletzt worden war, übernahmen praktisch die Macht, Sukarno blieb auf dem Papier Staatsoberhaupt. Man stellte ihn vor die Alternative, «freiwillig in Ehren» zu verzichten oder vor ein Tribunal gestellt zu werden.

Sukarno verzichtete «freiwillig». Noch ist er Staatspräsident, aber er musste sich bereit erklären, sämtliche Macht abzutreten. Er tat dies in einer stolzen Erklärung, die zeigt, dass sein Selbstbewusstsein, «das Beste» zu sein, noch nicht gebrochen ist.

Die eigentlichen neuen Machthaber, Suharto und Nasution, sind Militärs, die Sieger über den kommunistischen Volksaufstand. Sie werden eine eindeutig antikommunistische Linie einschlagen. Ob sie auch prowestlich ist, wird sich zeigen, denn eines haben sie sicher mit Sukarno gemeinsam, sie sind, wie er, Nationalisten. Ihre erste Aufgabe wird sein, wieder Ruhe und Ordnung in das schwer mitgenommene Inselreich zu bringen. Dass sie Sukarno nicht einfach kalt beiseite schafften, zeigt einerseits, dass sie sich bewusst sind, dass er nach wie vor im Volk einen grossen Rückhalt besitzt, und anderseits, dass sie gewillt sind, besonnen und versöhnlich zu operieren. Der nominelle, aber machtlose Staatspräsident Ahmed Sukarno soll ihnen als Schutzschild dienen. *Otto Schmidt*

Literatur

Der Sturz des Zaren

Zum 50. Jahrestag der Russischen Märzrevolution 1917

Ein halbes Jahrhundert schon seit dem Ausbruch der Russischen Revolution im März 1917! Der 1. Weltkrieg lastete seit zweieinhalb Jahren schwer auf dem Riesenreich. Die Herrschaft des Zaren schien aber zu Jahresbeginn noch unbestritten. Keine politische Partei hatte die Märzrevolution vorhergesehen. Wie eine Elementarkatastrophe brach sie herein und veränderte über Nacht Land und Leute. Die Bolschewiken, damals noch eine Minderheit unter den russischen Revolutionären, waren ebenso überrascht wie alle anderen politischen Gruppen.

Streik, Demonstrationen und Aufstand in Petrograd

Anfang März (Ende Februar laut damaliger russischer Zeitrechnung) brach im grössten Metallwerk Petrograds (später Leningrad), in den Putilowwerken, ein Streik aus. Hunger war der unmittelbare Anlass. Seit einiger Zeit gab es nicht mehr genug Brot. Metallarbeiter und die Textilarbeiterinnen demonstrierten einige Tage später gegen die Fortdauer des Krieges und die damit verbundenen Entbehrungen. Bald dehnte sich die Bewegung auf die übrigen Petrograder Betriebe und auf die Kasernen aus. Die wenigen Polizeitruppen wurden überrannt.

Am 6. März wurden in Petrograd Bäckereien geplündert, am nächsten Tag wurden die Putilow-Metallarbeiter teilweise ausgesperrt, am 8. März fanden in Petrograd grosse Demonstrationen statt. Die Stadt war durch Massenstreiks lahmgelegt, die Kundgebungen dauerten auch an den fol-